

25.11.2008

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 18.11.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
ab TOP 5 Beratungsraum 228

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 4 wurden in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss behandelt.

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Lohde, Jacqueline
Rumpf, Frank

Anwesend bis TOP 9.5
Vertretung für Herrn Mau

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sauermilch, Werner Dr.

Vertretung für Herrn Geier

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert

Vertretung für Herrn Laue

Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM

Böhler, Axel
Hofmeister, Dirk

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Dr.

Abwesend zum TOP 9.8

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der beiden Gremien**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und **Herrn Hoffmann, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses**, stellten sie die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen, teilweisen gemeinsamen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung des gemeinsamen Teils der Sitzung**

Zur ausgereichten Tagesordnung für den gemeinsamen Sitzungsteil wurden keine Änderungsanträge vorgebracht, so dass sie in der ausgereichten Form bestätigt wurde.

3. **Öffentliche Informationsvorlage**

3.1. **Ordnungsmaßnahme Elisabethstraße 12 - ANDES, Umgang mit den verbliebenen Hallen** **Vorlage: DR/IV/096/2008/VI-65**

In seiner Einführung in die Thematik informierte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, über die Rahmenbedingungen, die Entscheidung für oder gegen den Abriss der Andes-Hallen betreffend.

Eingeordnet in das Stadtumbaugebiet Stadtfolgelandschaft wurden auf dem Areal der ehemaligen Andes-Fleischerei sowie des ehemaligen Kohlehandels für Ordnungsmaßnahmen bereits Fördergelder für den Rückbau der baulichen Anlagen eingesetzt.

Anfang des Jahres 2007 wurde seitens des Vereins „Von der Rolle“ e. V. die Projektidee an die Stadt herangetragen, auf der Flächen des ehemaligen Kohlehandels eine BMX-Dirtstrecke zu errichten. Nachdem dieses Vorhaben eine positive Bewertung fand, konnte im Zusammenhang der Aufwertungsmaßnahmen auf den Flächen auch diese Dirtstrecke umgesetzt werden.

Nun plant der Verein mit der festen Etablierung einer Rollsporthalle eine weitere Ausweitung seiner Aktivitäten am Standort. Es wurden Konzeptunterlagen übergeben, die auch zur Beantragung von Fördermitteln verwendet werden sollen. Eine solche Antragstellung sei bislang nicht bekannt. Zwischenzeitlich habe sich in einer Entfernung von 300m eine Alternative am Standort der Brauerei ergeben.

Abschließend könne gesagt werden, dass das Vorhaben des Vereins „Von der Rolle“ e. V. als begrüßenswert einzuschätzen sei, jedoch der Brauereistandort als geeigneter betrachtet werde, da die Etablierung der Andes-Hallen dem stadtplanerischen Konzept für die Stadtfolgelandschaft entgegenstehe und viele Risiken hinsichtlich einer realistischen Umsetzbarkeit für die Stadt berge. Unterschiedlichste Beispiele seien Beleg dafür.

Bevor durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeitet werde, soll im Rahmen der hier zu behandelnden Information die Meinung der Stadträte eingeholt werden.

Dem **Antrag** des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zur Erteilung des Rederechts für den Verein „Von der Rolle“ e. V. wurde zugestimmt.

Nach der Vorstellung des Vereins, seiner Ziele, den derzeitigen Mitgliederzahlen, den Veranstaltungen und Projekten sowie der Nachwuchs- und Öffentlichkeitsarbeit stellte **Herr Wittmann, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Von der Rolle“ e. V.**, die aktuelle Situation dar. In den Sommermonaten stehen mit dem Akazienwäldchen (AKW) ein mittlerweile begrenzt

nutzbares Trainingsgelände sowie die bereits angesprochene Dirtstrecke auf der ehemaligen Kohlehandelfläche zur Verfügung. Über die Wintermonate stehe man wegen der Dunkelheit und widriger Witterung vor einer schwierigen Situation. Abhilfe könne hier eine Skatehalle schaffen. Als Treffpunkt, Veranstaltungs- und Versammlungsort sowie für Workshops, Kurse und Wettkämpfe.

Das Ziel des Vereins stelle es deshalb dar, mit den Andes-Hallen, dem AKW und der Dirtstrecke ein räumlich zusammen hängendes Rollsportzentrum Anhalt zu etablieren. Im Folgenden stellte Herr Wittmann die im Konzept erläuterten Nutzungsmöglichkeiten in den Hallen dar und wies auf die Unterstützung durch die Stiftung Evangelische Jugendhilfe sowie Energie abc hin, mit denen gemeinsame Teilprojekte innerhalb der Gesamtmaßnahme realisiert werden sollen.

Als bauliche Sofortmaßnahmen beschrieb Herr Wittmann eine Notsicherung des Daches. Den finanziellen Aufwand in Höhe von 3 T€ könne der Verein selbst übernehmen und so die westliche Halle sofort nutzbar machen. In den nächsten zwölf Monaten sei es notwendig, eine Summe von 160 T€ über Eigen- und Fördermittel zu finanzieren sowie Eigenleistungen aufzubringen. Seitens der Stadt wurden die Abrissmittel in Aussicht gestellt. Die monatlichen Kosten für den Betrieb der Skatehallen können mit den Vereinseinnahmen wie Beitragszahlungen und Eintrittsgelder bei Veranstaltungen gedeckt werden.

Abschließend erklärte Herr Wittmann, dass eine Umsetzung des Projekts auf dem Brauereistandort nicht von Erfolg gekrönt sein werde, da unterschiedlichste Randbedingungen dem entgegenstehen. Er bat um einen zeitlichen Aufschub, um die notwendige Klärung hinsichtlich der Finanzierung des Projekts herbei zu führen.

Richtig stellend erklärte **Herr Bekierz**, dass die Verwendung der Aufwertungsmittel als Eigenmittel zur Gegenfinanzierung weiterer Fördergelder nicht möglich sei, da die in Rede stehende Summe mit einer 84%-igen EFRE-Förderung untersetzt sei. Nur die restlichen 16% seien als Eigenmittel einsetzbar.

Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, erklärte, dass der für den 13.11.2008 angesetzte Beratungstermin durch den Verein abgesagt wurde. In einer Vielzahl vorheriger Besprechungen sei es darum gegangen die Zielstellungen des Vereins mit den stadtplanerischen Zielen in Einklang zu bringen. Das Angebot des Brauhausvereins, der die Konzentration von Nutzungen an einem Standort vorsehe, werde an dieser Stelle nicht in entsprechender Weise berücksichtigt.

Nachdem dem Verein „Von der Rolle“ e. V. die Gelegenheit gegeben wurde, sein Projekt in der Fraktion vorzustellen, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, sei man nach eingehender Betrachtung der städtebaulichen Qualität im Landschaftszug zu dem Schluss gekommen, einen Rückbau der Hallen zu favorisieren und eine Konzentration von Nutzungen in der Brauerei zu befürworten. Vom Grundsatz her werde das Projekt unterstützt.

Auf Nachfrage von **Frau Lohde, Fraktion der CDU**, nach der zeitlichen Folge möglicher Nutzungen am Brauereistandort, erläuterte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zu kurz-, mittel- und langfristig Nutzungsmöglichkeiten und vorgesehenen Aufwertungsmaßnahmen in der Brauerei.

Die Frage des **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur gleichwertigen Nutzbarkeit der Andes-Hallen im Vergleich zu den alternativen Angeboten in der Brauerei, erklärte **Herr Wittmann** das die Kastenfabrik weiter weg sei und die Schienenverbindung den Standort vom AKW und der Dirtstrecke trenne. Die Flächen seien ansonsten als vergleichbar zu bezeichnen.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, der das Projekt seit 1 ½ Jahren begleitet, schlug hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel vor, sie als Mittel für eine erste Aufwertungsmaßnahme zu verwenden. Hinsichtlich der städtebaulichen Einordnung der Andes-Hallen in das Stadtumbauprojekt der Stadt zitierte er aus einer E-Mail des IBA-Büros, Frau Sonnabend, die die Entscheidung der Stadt für oder gegen den Abriss respektieren würde. Be-

züglich der laufenden Diskussionen habe er ein Déjà-vu-Erlebnis, wenn er sie mit den vor Jahren geführten Diskussionen zum Schwabebhaus vergleiche. Hier seien ähnliche Vorzeichen zu sehen. Er halte es für bedenklich, wenn dem Verein keine Chance gegeben werde, das Konzept abzurunden und sein Projekt hinsichtlich der finanziellen Umsetzbarkeit prüfen zu lassen.

Er verstehe die Idealvorstellungen des Vereins, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, jedoch seien die Ansprüche bei näherer Betrachtung mit Illusionen verbunden. Illusionen hinsichtlich Förderungen und Finanzkraft. Außerdem liege ein passables Angebot als Alternative vor. Bei allem Respekt solle man die übergeordneten Aspekte der Stadt beachten. Seine Fraktion unterstütze die Umsetzung des Projekts am Standort Brauerei.

Dem Gleichnis des Herrn Dr. Schmidt mit dem Schwabebhaus widersprach **Herr Bürgermeister Gröger**, da hier die Möglichkeit bestehe, die Brauerei weiter zu stärken. Auch hinsichtlich der Wortmeldung des IBA-Büros sei eine Verständigung über die konzeptionelle Ausrichtung des IBA-Projekts der Stadt nötig. Der Alte Rächerturm sei als Solitär im Landschaftszug zu sehen, Nutzungen sind zur Stärkung anderer Standorte zu bündeln.

Auch in seiner Fraktion wurde dem Verein die Möglichkeit gegeben, das Projekt vorzustellen, so **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**. Man sei zu dem Schluss gekommen, den Andes-Standort zu unterstützen.

In Anbetracht der für die Sanierung notwendigen Gesamtsumme von über 300 T€ sowie der nicht zur Gegenfinanzierung weiterer Fördermittel zur Verfügung stehenden Eigenmittel in Höhe von 45 T€, sei das Ziel einer Sanierung der Andes-Hallen bis zur Internationalen Bauausstellung 2010 nach Meinung von **Herrn Bekierz** nicht zu erreichen. Diesen zeitlichen Druck müsse man am Standort Brauerei nicht aufmachen.

Nachdem dem Verein die Möglichkeit gegeben werde, sein Konzept abzurunden, könne so **Herr Dr. Schmidt**, im Jahr 2009 immer noch die Entscheidung für den Abriss getroffen werden. Die beiden Standorte sollten jetzt nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ein solcher Schlingerkurs bringe die Sache nicht voran, meinte **Herr Bürgermeister Gröger**, die Entscheidung sei jetzt auf den Weg zu bringen. Er gab zu bedenken, dass beide Standorte lediglich in einer Entfernung von 300m auseinander liegen, was ca. 2:30 min Fußweg entsprechen.

Die genannten Kosten von 300 T€ entsprechen der Kostenschätzung des Architekten für die Gesamtanierung, erklärte **Herr Wittmann**. Für die Notsicherung fallen deutlich geringere Kosten an. Aufgrund der vergangenen Querelen der letzten sechs Jahre habe sich der Verein „Von der Rolle“ e. V. vom Brauhausverein distanziert.

Nach Meinung der Streetworkerin **Frau Hitzegrat**, die seit dem Jahr 2001 mit der Szene verbunden ist, sollte dem Verein das Recht zur Wahl eingeräumt werden.

Für **Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, sei das die Frage, die der Jugendhilfeausschuss im Rahmen der Abstimmung zur entsprechenden Beschlussvorlage der heutigen Tagesordnung zu klären habe.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler äußerte die Bitte, der Eigeninitiative der jungen Menschen Beachtung zu schenken, deren Meinung zu respektieren und sie nicht gegen städtebauliche Aspekte abzuwägen. Er regte an, die Entscheidung unter den zeitlichen Vorgaben zu betrachten und bot an, moderierend in der weiteren Sondierung der Lösung mitzuarbeiten. Schließlich sei ein erzwungenes Domizil nicht als Ziel führend zu bezeichnen.

Zu den von Herrn Wittmann angesprochenen atmosphärischen Störungen zwischen den Vereinen, zitierte **Herr Busch** aus seinem Schriftwechsel mit dem Verein „Von der Rolle“ e. V., der ein völlig anderes Bild wider spiegelte und das Interesse an der Nutzung innerhalb der Brauerei zeige.

Nachdem **Herr Dr. Schmidt** Herrn Busch den Vorwurf der Befangenheit machte, stimmte er dem Vorschlag zu, die Anregung des Herrn Dr. Raschpichler anzunehmen.

Diesbezüglich erinnerte **Herr Bürgermeister Gröger** an den kürzlich durch den Verein sowie die Stiftung Evangelische Jugendhilfe abgesagten Beratungstermin am 13.11.2008. Gesprächsangebote wurden seitens der Verwaltung gegeben.

Man behandle hier eine Informationsvorlage, so **Herr Bekierz**. Ziel sei es, ein Meinungsbild der Fraktionen zu erhalten und die weitere Arbeitsrichtung festzulegen.

Nachdem eine Reihe von Fraktionen bereits im Verlauf der Diskussion ihre Meinungen äußerten, sprach sich **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, für die Unterstützung des Projekts am Standort Brauerei aus.

4. Schließung des gemeinsamen Teils der Sitzung

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und **Herr Hoffmann, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses**, dankten für die Wortmeldungen und schlossen die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Jugendhilfeausschusses.

Beide Gremien setzten ihre Sitzungen fort.

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt (Sitzungsraum 228, Rathaus Dessau)

5. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass der TOP 12.1 – „Vergabe von Planungsleistungen, Möglichkeit der Durchführung von Wettbewerben“ in den öffentlichen Teil der Sitzung als TOP 9.11 behandelt werden soll. Des Weiteren sei vorgesehen die Tagesordnungspunkte 9.4 – „Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58, Biogasanlage Lukoer Straße“ aufgrund eines geänderten Sachstandes und 10.1.1 – „Verkehrskonzepts im Bereich Museumskreuzung“ aufgrund des begrenzten Zeitrahmens für eine spätere Behandlung zurück zu stellen.

Dem wurde zugestimmt, so dass über die Tagesordnung in der geänderten Form abgestimmt werden konnte.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

6. Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 09.10.2008

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 09.10.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es Bestätigung fand.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

7. Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 09.10.2008

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erläuterte, dass in der Sitzung am 09.10.2008 keine Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil erfolgten. Es wurde über die Vergabe von Bauleistungen (Vergabe-Nr. 40/2008) im Sanierungsgebiet Dessau-Nord, Straßenbau- und -beleuchtung in der Teichstraße, Vorlage: DR/BV/345/2008/VI-66, an die Fa. STRABAG NL Dessau-Roßlau informiert.

8. Öffentliche Informationsvorlage

8.1. Wiljamsstraße - Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/402/2008/VI-66

Seitens **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurde erläutert dass im Zusammenhang mit den unter TOP 9.8 – „Justus-von-Liebig-Straße, Maßnahmebeschluss“ sowie unter 9.9 – „Regenentwässerung Mosigkau, Teilgebiet II und II, Maßnahmebeschluss für die Ausbaustufe“ auch zu dem hier zu behandelnden Maßnahmebeschluss informiert werde.

Dies fand die Akzeptanz des Gremiums.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

9. Öffentliche Beschlussfassungen

9.1. Übertragung der Aufgabe "Öffentliche Straßenbeleuchtung" im Stadtgebiet Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/073/2008/II-EB

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

9.2. Erneuerung/Erweiterung Straßenbeleuchtung Birnbaumweg - Entscheidung gem. § 1 Abs. 4 Satz 4 Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau

Vorlage: DR/BV/314/2008/II-EB

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

9.3. Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Vorlage: DR/BV/026/2008/VI-60

An den Grundsatz „Gutes und Bewährtes zu übernehmen“ der Diskussionen im Rahmen der Fusionsvertragsgestaltung erinnernd, äußerte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, dass mit der Ausarbeitung der Novelle der Straßenausbaubeitragssatzung genau diesem Grundsatz Folge geleistet wurde.

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, nahm Bezug auf die gemeinsame Sitzung der Bauausschüsse der Städte Dessau und Roßlau im März des Jahres 2007, in der man einen Konsens hinsichtlich der Beitragssätze erzielen konnte. Diese Regelungen habe man nun in der Novellierung der Satzung wieder aufgegriffen, mit dem Ziel, 2009 ein gemeinsames Ortsrecht zu schaffen. Hinsichtlich der Beteiligung der Bürger verwies er auf die in Dessau abgelaufenen Verfahren. Bei den 40 zur Abstimmung stehenden Anliegerstraßen haben sich in 25 % der Fälle die Anlieger gegen die Maßnahme entschieden, jedoch habe der Stadtrat sich ausnahmslos gegen das Bürgervotum und für die Umsetzung der Baumaßnahme ausgesprochen. Auch in der nun vorliegenden Satzung sei die Beteiligung der Bürger nach Roßlauer Modell in jedem Fall gegeben. Nun sei durch den gemeinsamen Stadtrat die Entscheidung zu treffen.

In einem Punkt müsse er seinem Vorredner widersprechen, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Hinsichtlich der Mitbestimmung solle man das Teilnahmeverfahren nach Dessauer Vorbild beibehalten, ansonsten könne er der Vorlage seine Zustimmung geben.

Nachdem in seiner Fraktion die Vorlage diskutiert wurde, könne sich **Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau /NEUES FORUM**, der Meinung des Herrn Schönemann anschließen, da der Bürgerbeteiligung eine große Rolle im Verfahren beigemessen werde.

Frau Lohde, Fraktion der CDU, könne der Satzung nicht zustimmen, Der Bürger solle durch die Fusion nicht zusätzlich belastet werden. Zu den Beiträgen sei ein wohl abgewogener Prozess in der Entscheidungsfindung nötig. Zu den Bestandsstraßen sei im Vorfeld eine Konzeption der Entwicklung in den kommenden 50 Jahren zu erstellen. Im Anschluss sei die inhaltliche Diskussion der Satzung zu führen.

Da man derzeit über zwei unterschiedliche Satzungen verfüge, sei, so **Herr Bürgermeister Gröger**, ein Verständigung nötig, welche man als Grundlage zur Schaffung eines gemeinsamen Ortsrechtes nehme. Die Details hinsichtlich der Beitragssätze seien bereits bestätigt worden. Das geforderte Konzept zur Ertüchtigung der Straße liege, entsprechend der Haushaltsplanung vor. In der Diskussion seien die Prioritäten gesetzt worden und deren Umsetzung erfolge in Abhängigkeit von den finanziellen Rahmenbedingungen. Die Finanzkraft reiche derzeit nicht aus, um hier kurzfristig in größerem Rahmen zu investieren.

Als Sternstunde des Zusammenwirkens der Dessauer und Roßlauer Stadträte bezeichnete **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, die Erarbeitung des Konsenses zur Straßenausbaubeitragsatzung im vergangenen Jahr. Nun habe es keinen Sinn, dieses Ergebnis in Frage zu stellen und die langwierigen Diskussionen wieder auf zu machen.

Zu den Beiträgen habe man sich bereits geeinigt, äußerte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, jedoch zu der Art der Beteiligung sei kein Konsens erzielt worden. Nach dem man die Statistik der vergangenen Beteiligungsverfahren gesehen habe, können man nur von einer Pseudo-Beteiligung in Dessau sprechen, da der Stadtrat sich ausnahmslos gegen die ablehnenden Voten der Bürger gestellt habe. Die Mitwirkung der Bürger zum Standard des Ausbaus sei während der Planung gegeben, eventuelle Einwände können im Ausschuss thematisiert werden. Er befürwortete den Satzungsentwurf auch vor dem Hintergrund der Personalsituation innerhalb der Verwaltung und regte an, die angesprochene Liste mit den nach Prioritäten geordneten Straßenausbaumaßnahmen dem Protokoll beizufügen.

Die Bürgerbeteiligung, die in Roßlau Praxis war, so **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, sah eine frühzeitige und ausreichende Information der Anlieger vor und stellte eine funktionierende Verfahrensweise dar. Dies solle auch die Grundlage der gemeinsamen Satzung darstellen. Weitere Verzögerungen in der Angleichung seien nicht hinzunehmen.

Dass die Roßlauer Vorgehensweise, die Forderung zur frühzeitigen Einbeziehung der Bürger in ausreichendem gewährleistete, unterstützte auch **Herr Dr. Sauermilch, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**.

Die Fraktion der CDU lehne diese Vorlage ab, bekräftigte **Frau Lohde** ihre bereits geäußerte Meinung. Die entstehenden Mehrkosten für den Bürger seien nicht hinzunehmen. Die angesprochene Liste mit den Ausbaumaßnahmen entbehre einen zeitlichen Horizont. Sie könne sich vorstellen, dass nach Vorlage eines auch zeitlich vorausschauenden Konzeptes die Diskussion über die Erhöhung von Beiträgen geführt werden könne.

In Anbetracht der Haushaltsdiskussionen und den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, wobei eine Reihe von Einzelmaßnahmen bereits nicht die Mehrheit des Stadtrates fand, sei zur Setzung von Schwerpunkten im Straßenausbau die Entscheidung des Stadtrates nötig, so **Herr Bürgermeister Gröger**.

Hier sei eine Trennung zwischen Prioritätensetzung und gemeinsamer Satzung notwendig, meinte **Herr Dr. Schmidt**. Es sei Ehrlichkeit gefordert, auch bezüglich überdimensionierter Projekte wie beispielsweise der Nordumgehung.

Da bereits ein Konsens zu den Beitragssätzen erzielt wurde, machte **Herr Bürgermeister Gröger** den Vorschlag, trotz der hohen Belastung für die Verwaltung, das Beteiligungsverfahren nach dem Dessauer Modell fortzuführen, um so zeitnah ein gemeinsames Ortsrecht zu erreichen.

Im Gegensatz zu Roßlau, habe man sich in Dessau sehr spät auf eine Straßenausbaubeitragsatzung geeinigt, meinte **Herr Dreibrod, Fraktion der SPD**, und konnte so einige Maßnahmen in den Vororten nicht realisieren. Kritikwürdig sei, dass man aus beiden Satzungen nur die negativen Auswirkungen für den Bürger herausgenommen habe. Die Bürgerbeteiligung in Roßlau sei völlig ausreichend. Die Aussage nach einer Pseudo-Beteiligung in Dessau könne er unterstützen, man solle keine Angst vor der Roßlauer Lösung haben.

Herr Dreibrod solle bitte nur den Roßlauer Teil beurteilen, entgegnete **Herr Schönemann**, bzw. sich genauer mit der Dessauer Historie beschäftigen.

Besser wäre es, die gemachten Erkenntnisse zu beurteilen, aber gleichfalls nach vorne zu schauen. Er könne den Vorschlag des Herrn Gröger mittragen, so **Herr Dr. Schmidt** und stellte anschließend den **Antrag**, die Satzung dahingehend zu ändern, die Art der Bürgerbeteiligung nach Dessauer Vorbild einzufügen.

Herr Schönemann ließ über diesen Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 2

Anschließend ließ **Herr Schönemann** über den Beschlussvorschlag zur Straßenausbaubeitragssatzung in der geänderten Fassung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 2 : 0

**9.4. Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße"
Vorlage: DR/BV/305/2008/VI-61**

Wie im TOP 5 bereits festgelegt, wurde der Tagesordnungspunkt 9.4 aufgrund der geänderten Sachlage zur Behandlung in einer der nächsten Ausschusssitzungen **zurück gestellt**.

**9.5. Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan Nr. 172 "Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Straße" eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/419/2008/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

**9.6. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 214 "Kristallpalast" in Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/441/2008/VI-61**

Über die Ergebnisse einer Beratung am heutigen Tage zu einem Vorhaben, dem städtebaulich nicht zugestimmt werden könne, informierte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Um die Ziele der Stadtentwicklung zu sichern, werde nun der Weg des Bauleitplanverfahrens gegangen.

Die Initiative aus der Bürgerschaft finde seine volle Unterstützung, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**.

Als positiv wertete **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass die Stadt das Heft des Handelns in die Hand nehme.

Weiterer Diskussionsbedarf wurde nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

**9.7. Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 214
"Kristallpalast"
Vorlage: DR/BV/442/2008/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

**9.8. Justus-von-Liebig-Straße
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/404/2008/VI-66**

Über die im Zusammenhang zu sehenden Straßenausbaumaßnahmen sowie Vorhaben zur Entwässerung in diesem Bereich der Ortschaft Mosigkau, die hier in den Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 8.1 – „Wiljamsstraße – Maßnahmebeschluss“, 9.8 – „Justus-von-Liebig-Straße – Maßnahmebeschluss“ sowie 9.9 – „Regenentwässerung Mosigkau, Teilgebiet II und III – Maßnahmebeschluss für die erste Ausbaustufe“ finden, informierte **Frau Jung, Tiefbauamt**.

Herr Göricke, Freie Wähler und Ortsbürgermeister Mosigkau, bedankte sich bei der Verwaltung für die intensive Beteiligung der Bürger.

Abschließend wies **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt** darauf hin, dass der Ausbau der beiden Straßen nicht in der ursprünglichen Planung war und nur zusätzliche finanzielle Zuweisungen diese Maßnahmen ermöglichen.

Weiterer Diskussionsbedarf wurde nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**9.9. Regenentwässerung Mosigkau, Teilgebiet II und III
- Maßnahmebeschluss für die erste Ausbaustufe -
- Weitere Vorgehensweise bei der Planung bis zur Endausbaustufe -
Vorlage: DR/BV/411/2008/VI-66**

Nachdem die Vorlage bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt eine inhaltliche Erläuterung fand, wurde kein weiterer Diskussionsbedarf geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

9.10. Konzept zur energetischen Gebäudesanierung kommunaler Liegenschaften der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/372/2008/VI-65

Einführend erinnerte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass dieses Konzept im Zusammenhang mit der Vorstellung des aktuellen Energieberichts seitens der Politik eingefordert wurde.

In seiner weiter gehenden Erläuterung ging er auf die Entwicklung eines zentralen Energiemanagements, den Einflussfaktoren für die Verbrauchskosten der städtischen Liegenschaften sowie die die bislang erzielten Wirkungen in der Einsparung von Energie ein.

Hinsichtlich der energetischen Sanierung wurde bereits von den Fraktionen eine Beschlussvorlage eingebracht, die die Erreichung des EnEV-Standards für alle Gebäude vorsah. Auf der Grundlage einer Bestandsuntersuchung aller Gebäude benannte er als Beispiel die Kosten für eine Sanierung nach dem EnEV-Standard in Höhe von 610 T€. Da dies aufgrund der Haushaltslage nicht zeitnah umgesetzt werden könne, schlug Herr Bekierz vor, durch gezielte Einzelmaßnahmen, am Beispiel Kosten verursachend in Höhe von 40 T€, in kürzerer Zeit entsprechende Einspareffekte zu erzielen. Der Vorlage sei in Anlage 4 ein Maßnahmenkatalog zu entnehmen sowie in Anlage 5 eine Auflistung der übergreifenden Maßnahmen für alle Gebäude.

Neben den beschriebenen Investitionen sei es notwendig, mittelfristig die Personalsituation im zentralen Gebäudemanagement durch einen Elektroingenieur zu verstärken.

Die Erläuterung der Energieberichte sei mittlerweile eine gute Tradition geworden, kommentierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Hier werde gute Arbeit gemacht und hohe Effekte erzielt. Die Forderungen hinsichtlich der Investitionen sowie einer personellen Verstärkung finden seine Unterstützung.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, bezeichnete es als bemerkenswert, dass gerade der Johannbau das energetisch optimalste Gebäude darstelle. Für die Personalverstärkung schlug er vor, einen BMSR-Techniker aus dem Bereich Facility-Management einzubeziehen.

Das Facility-Management sei eher die Gesamtaufgabe, so **Herr Bekierz**. Für die geforderten Leistungen im Elektrobereich sei ein spezialisierter Fachmann gefordert.

Weitere Rückfragen wurden nicht gestellt.

Die Beschlussvorlage fand einstimmige Bestätigung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

9.11. Vergabe von Planungsleistungen
Möglichkeiten für Planungswettbewerbe bei Schulsanierungen
Vorlage: DR/BV/447/2008/VI-65

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

10. Öffentliche Anfragen und Informationen

10.1. Informationen des Dezernats für Bauwesen und Umwelt

10.1.1. Verkehrskonzept im Bereich Museumskreuzung

Wie im TOP 5 bereits festgelegt, wurde der Tagesordnungspunkt 10.1.1 aufgrund der Themenfülle der heutigen Tagesordnung zur Behandlung in einer der nächsten Ausschusssitzungen zurück gestellt.

10.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Auf Nachfrage des **Herrn Göricke, Freie Wähler**, zum aktuellen Stand der Geruchsbelästigungen in der Ganztagschule Zoberberg, erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass nach bisherigen Untersuchungen davon ausgegangen werde, dass die verwendeten Materialien, zwar für sich genommen als völlig unbedenklich gelten, jedoch in ihrer Kombination zu unerwarteten Reaktionen neigen. Durch die Einführung eines strengen Lüftungsregimes konnte den unangenehmen Geruchsstoffen begegnet werden. Eine Gefährdung der Gesundheit werde ausgeschlossen. Derzeit werden weitere Messungen und Untersuchungen vorgenommen. Anfang Dezember dieses Jahres werde das Gutachten vorliegen.

Die Frage des **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, nach dem Verbleib der historischen Lampen im Bereich des Bauhauses, bat **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, an den Bauherren heranzutragen.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr schloss.

Dessau-Roßlau, 25.11.2008

Ralf Schönemann
Vorsitzender des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste
- Auflistung der zum Ausbau vorgesehenen Straßen